

**Beschlußempfehlung und Bericht**  
**des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)**

**zu dem Antrag des Abgeordneten Drabiniok und der Fraktion DIE GRÜNEN**  
**— Drucksache 10/1185 —**

**Zivil-militärisches Flugsicherungskonzept in Sobernheim**

**A. Problem**

Es läuft zur Zeit ein Feldversuch für ein Modell zur verbesserten zivil-militärischen Zusammenarbeit in der Flugsicherung. Die Antragsteller wünschen einen Stopp dieses Feldversuchs.

**B. Lösung**

Ablehnung des Antrages. Der Feldversuch soll weitergeführt werden.

**Mehrheitsentscheidung im Ausschuß**

**C. Alternativen**

Eine Minderheit wünscht Annahme des Antrages.

**D. Kosten**

entfallen

**Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Antrag — Drucksache 10/1185 — wird in seiner Nummer 1 abgelehnt und in seiner Nummer 2 für erledigt erklärt.

Bonn, den 5. Dezember 1984

**Der Ausschuß für Verkehr****Lemmrich****Hoffie**

Vorsitzender

Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Hoffie

Der in Drucksache 10/1185 enthaltene Antrag wurde in der 69. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. März 1984 dem Verkehrsausschuß federführend sowie dem Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 5. Dezember 1984 behandelt.

### I. Ziel und Inhalt des Antrages

Die nationale Flugsicherung in der Bundesrepublik Deutschland wird von zwei Organisationen getragen:

- der Bundesanstalt für Flugsicherung,
- der Flugsicherungsorganisation der Bundeswehr mit ihren aus dem Verteidigungsauftrag des Grundgesetzes hergeleiteten Aufgaben.

Für eine verbesserte Zusammenarbeit dieser beiden eigenständigen Organisationen ist im Herbst 1983 in Sobernheim ein Betriebskonzept für den unteren Luftraum entwickelt worden, das in drei Stufen erprobt werden soll:

1. Die Feldversuchsphase 1: Diese betrifft denjenigen Teil des Konzeptes, der den Flughafenbereich und den erweiterten An- und Abflugbereich von Flughäfen betrifft. Ein entsprechender Versuch läuft seit dem 16. April 1984 bei der Flugsicherungs-Regionalkontrollstelle Düsseldorf.
2. Die Feldversuchsphase 2: Dabei soll die im oberen Luftraum bereits praktizierte Form der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Streckenbereich auch für den unteren Luftraum erprobt werden. Der Beginn ist für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen.
3. Die Realzeitsimulation für Streckenkontrolle im EUROCONTROL-Versuchszentrum in Bretigny/Paris: Zur Vorbereitung der Feldversuchsphase 2 wurde eine Simulation in der Zeit vom 2. Mai bis 1. Juni 1984 durchgeführt. Der Schluß-

bericht wird noch im Dezember 1984 erwartet, jedoch wird sich die Auswertung bis Ende Februar 1985 hinziehen.

Der Antrag zielt darauf ab, die laufende Feldversuchsphase 1 in Düsseldorf zu stoppen (Nummer 1 des Antrages) und die Vorlage eines Berichts der zuständigen Ressorts über das neue Konzept zu verlangen (Nummer 2 des Antrages). Insbesondere soll dabei auf verfassungsrechtliche Zweifelsfragen eingegangen werden.

### II. Verlauf der Ausschlußberatung

Der Ausschuß hat mit Stimmenmehrheit die Ziffer 1 des Antrages abgelehnt. Nach seiner Auffassung sollte die Feldversuchsphase 1 uneingeschränkt weitergeführt werden, um das neue Konzept in diesem Teilbereich weiter praktisch zu erproben. Der Ausschuß ist übereingekommen, im März 1985 ein öffentliches Anhörungsverfahren durchzuführen, um zu klären, ob und inwieweit das sogenannte Sobernheimer Modell als eine geeignete Grundlage für eine verbesserte Zusammenarbeit der zivilen und der militärischen Flugsicherung angesehen werden kann. Dieser Zeitpunkt wurde gewählt, weil bis dahin die Auswertung der Simulation in Bretigny und auch weitere praktische Ergebnisse des Feldversuchs in Düsseldorf vorliegen werden. Im Rahmen dieses Anhörungsverfahrens sollen alle Aspekte der neuen Konzeption umfassend geklärt werden.

Der Ausschuß hat einstimmig die Nummer 2 des Antrages betreffend Vorlage eines Berichts der Bundesregierung für erledigt erklärt, weil ein derartiger Zwischenbericht dem Ausschuß als Ausschlußdrucksache Nr. 184 bereits vorliegt.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Verteidigungsausschusses

Der Verteidigungsausschuß hat im Wege der Mitberatung die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Bonn, den 5. Dezember 1984

Hoffie

Berichterstatte

